

## Pressemitteilung

*Senat ruft zu Schweigeminute gegen rechtsextremistische Gewalt auf*  
14.02.2012

Der Senat ruft alle Bremerinnen und Bremer zu einer Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Gewalt am Donnerstag, 23. Februar 2012, um 12 Uhr auf. Dies teilten Bürgermeister Jens Böhrnsen und Bürgermeisterin Karoline Linnert nach der heutigen (14.02.2012) Senatssitzung mit.

In einem Brief informieren sie darüber Bürgerschaftspräsident Christian Weber, denn die Schweigeminute fällt in die Zeit der Bürgerschaftssitzung (Landtag). Bremen schließt sich damit einem gemeinsamen Aufruf der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes an.

Jens Böhrnsen: „Wir trauern um die Opfer der rechtsextremistischen Blutspur, die sich über mehrere Jahre durch ganz Deutschland zog. Wir wollen den Angehörigen, den Familien und den Freunden der Opfer unser Mitgefühl ausdrücken.“

Deshalb bitten die Bürgermeister zusammen mit Doris Hülsmeier (Vorsitzende des Gesamtpersonalrats) und Burckhard Radtke (stellv. Vorsitzender des Gesamtpersonalrats) alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, für eine Schweigeminute in ihrer Arbeit innezuhalten. Dies geschieht zeitgleich mit dem zentralen Staatsakt in Berlin der fünf Verfassungsorgane des Bundes für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt, an dem für den Senat Bürgermeister Böhrnsen teilnimmt.

Im gemeinsamen Aufruf heißt es: „Im stillen Gedenken an die Opfer soll ein kraftvolles Zeichen gesetzt werden: ein Zeichen der Trauer und des Mitgefühls mit den Opfern, ihren Familien und Freunden, ein Zeichen der Verurteilung von Fremdenhass, Rassismus und rechtsextremer Gewalt, ein Zeichen für die Vielfalt und Offenheit Deutschlands.“

Im bundesweiten Aufruf heißt es weiter: „Arbeitgeber und Gewerkschaften treten gemeinsam ein für ein Deutschland, in dem Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus keinen Platz haben. In den Unternehmen in Deutschland ist zwischen den Beschäftigten ethnische und kulturelle Vielfalt gelebte Realität. Die Betriebe geben zahlreiche Beispiele für erfolgreiche Integration, Respekt und Toleranz. Wir stehen daher gemeinsam in der Pflicht, rechtsextremem Gedankengut entschieden entgegenzutreten.“